

Der selbst aus der 68er Bewegung kommende Brumlik macht keinen Hehl daraus, dass ihm Schoeps mehr als unsympathisch ist; vor allem für dessen politische und religionsphilosophische Standpunkte bringt er kein oder nur sehr wenig Verständnis auf – und schon gar nicht für die männerbündischen und jugendbewegten Leidenschaften, die Schoeps lebenslang prägten und die ihn auch nach seiner Rückkehr aus der schwedischen Emigration nach Deutschland dazu brachten, selbst zu politisch schwer belasteten ehemaligen Bekannten aus den 1920er Jahren den Kontakt wieder aufzunehmen.

Wer sich über diese und andere Themen verlässlich informieren möchte, sollte also immer noch auf den 2009 erschienenen Sammelband „Wider den Zeitgeist. Studien zu Leben und Werk von Hans-Joachim Schoeps (1909–1980)“ oder auf das Büchlein von Frank-Lothar Kroll (Geschichtswissenschaft in politischer Absicht. Hans-Joachim Schoeps und Preußen. Berlin 2011) zurückgreifen.

Larry Eugene Jones, The German Right, 1918–1930. Political Parties, Organized Interests, and Patriotic Associations in the Struggle Against Weimar Democracy. Cambridge, Cambridge University Press 2020. XX, 636 S., 16 Abb.,
£ 110,-. // DOI 10.1515/hzhz-2021-1065

Sebastian Elsbach, Jena

Das Buch „The German Right, 1918–1930“ ist, wie schon der Klappentext ohne zu übertreiben verspricht, eine exzellente Studie über den deutschen Konservatismus und dessen gescheiterte Eingliederung in die Weimarer Demokratie. Der Autor Larry Eugene Jones knüpft an seine älteren Arbeiten an und liefert eine im Kern klassische Organisationsgeschichte der DNVP als wichtigster Kraft des damaligen konservativen Lagers. Gestützt auf umfassende Archivrecherchen kann Jones eine wichtige Lücke in der Literatur zur Parteienlandschaft der Weimarer Republik schließen. Die interne Geschichte der DNVP wird detailliert rekonstruiert, die Verflechtung der Parteispitze mit ökonomischen Interessengruppen offengelegt und das parlamentarische Handeln der Parteispitze bis zur Reichstagswahl 1930 analysiert. Leitend ist hierbei die Frage nach der Möglichkeit einer Stabilisierung der Republik durch die Schaffung einer rechten Sammlungspartei, die – nach dem Vorbild der britischen Tories – ein entscheidendes Bollwerk gegen den Aufstieg der NSDAP hätte sein können, so der Autor (S. 2 u. 596). Jones reagiert hiermit auf die von Thomas Mergel auf-

gestellte These einer schleichenden Demokratisierung der DNVP, die (erst) Ende der 1920er gescheitert sei (S. 5). Bereits unmittelbar nach der Novemberrevolution und der Abdankung der deutschen Fürstenhäuser zeigte sich tatsächlich eine gewisse ideologische Flexibilität im Lager der konservativen Parteien. Der DNVP sollte es schnell gelingen, eine bis dahin zersplitterte Parteiengruppe zu sammeln, wobei der Einfluss der ostelbischen Junker im Vergleich zu anderen konservativen Gruppen tendenziell abnahm.

So konnte die DNVP sich das Image einer zeitgemäßen Sammlungspartei bzw. „Volkspartei“ zulegen, was ja schon der intern durchaus umstrittene Parteiname deutlich machen sollte (S. 31 f.). Wenig mehr als ein demokratiekonformes Feigenblatt war dies jedoch nicht, wie Jones' weitere Ausführungen deutlich machen. Was die verschiedenen Flügel einte, war allein eine konsequente Ablehnung der Novemberrevolution und der daraus hervorgegangenen parlamentarischen Republik (S. 76). Zwar versuchte die DNVP durchaus neue Wähler und vor allem Wählerinnen über entsprechende Vorfeldgruppen, wie den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband oder eine eigene Frauenorganisation, anzusprechen und sich so auf die parlamentarischen Gegebenheiten einzustellen (S. 40 f. u. 69–72), aber eben dieser Sammlungscharakter der Partei trug wesentlich dazu bei, dass die DNVP nicht dauerhaft in das parlamentarische System integriert werden konnte. Die Partei hatte jenseits der Ablehnung des Bestehenden kaum positive Programmpunkte, auf deren Basis eine stabile Koalitionsregierung hätte gebildet werden können. In Fragen der Wirtschafts- und vor allem der Außenpolitik war man ernstlich zerstritten (S. 254 f.). Die auch organisatorischen Annäherungsversuche in Richtung des Zentrums waren allein schon aufgrund des Widerstandes der katholischen Kirche wenig ertragreich (S. 249 u. 348 f.).

Mehrere Abspaltungen führten bereits Anfang der 1920er dazu, dass die DNVP von rechts außen Konkurrenz bekam. Als die DVFP sich 1922 abspaltete, führte dies paradoxerweise sogar dazu, dass die Position der verbliebenen Antisemiten in der DNVP gestärkt wurde, da nun engere Verbindungen zum Alldeutschen Verband geknüpft werden konnten (S. 160). Innerhalb der DNVP gehörten Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus zu den integrierenden Elementen und Differenzen hierüber waren höchstens taktischer Natur (S. 218). Die Bemühungen von demokratischen Parteiführern wie Gustav Stresemann und Wilhelm Marx, diese Kräfte im Rahmen des Bürgerblocks zu zähmen, waren zum Scheitern verurteilt (S. 379–382 u. 433–436) und trugen im Ergebnis dazu bei, dass sich das Parteienspektrum Ende der

1920er deutlich nach rechts verschob (S. 501–505). Von Mergels Demokratisierungstheorie, so ließe sich das Buch von Jones auch zusammenfassen, bleibt nichts übrig.

Andreas Braune / Michael Dreyer (Hrsg.), Weimar und die Neuordnung der Welt. Politik, Wirtschaft, Völkerrecht nach 1918. (Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 11.) Stuttgart, Steiner 2020. XIII, 326 S., Abb., € 52,-.

// DOI 10.1515/hzhz-2021-1066

Wolfgang Elz, Mainz

In recht kurzer Zeit haben sich die „Weimarer Schriften zur Republik“ etabliert und geben mit einem hohen Publikationsausstoß der Weimar-Forschung neue Impulse. Dazu trägt auch der vorliegende Band bei, der die Vorträge einer Tagung von 2016 zum Abdruck bringt.

Der erste Block mit vier Beiträgen widmet sich der Außenpolitik und wichtigen Außenpolitikern. *Rainer Behring* kann am Beispiel von Hermann Müller zeigen, dass die sozialdemokratische Vorstellung von der Weimarer Außenpolitik als Mischung aus Revision und Verständigung bereits mehr als nur ein Vorläufer von Stresemanns Verständigungspolitik war. Auch für Walther Rathenau weist *Wolfgang Michalka* nach, dass dessen Ziel der Wiederherstellung der Großmachtstellung über Deutschlands Wirtschaftspotential und durch Verflechtung mit den anderen Industriestaaten Elemente späterer Verständigungspolitik Stresemannscher Art enthielt. Stresemann ergriff also möglicherweise 1924/25 nur die günstige Gelegenheit nach dem für Deutschland wie Frankreich kostspieligen „Ruhrkampf“, um Verständigungspolitik in der Verbindung dieser beiden Elemente zu betreiben. Dass die deutsche Industrie nicht primär an der Verständigung, sondern an der Profitmaximierung interessiert war, wie *Karl Heinrich Pohl* am Beispiel der Internationalen Rohstahlgemeinschaft von 1926 zeigt, muss man nicht wie er als Gegensatz zur Verständigung sehen – auch Stresemanns Politik verfolgte selbstverständlich nationale Interessen, und sein Einfluss auf die Schwerindustrie war ohnehin beschränkt. *Elisabeth Piller* untersucht die „Diplomatie des Mitleids“: die deutschen Versuche in den Nachkriegsjahren, Hilfslieferungen aus den USA insbesondere für die hungerten deutschen Kinder zu initiieren. Die zivilgesellschaftlichen Bemühungen wurden dabei stets auch von Regierungsstellen mitgetragen bzw. nachjustiert: Es ging – neben der tatsächlichen Bekämpfung der Not, die bei Piller etwas außer Sicht gerät,